

Freilassung politischer Gefangener gefordert

Während des ASEM-Gipfels am 24. und 25. Oktober 2008 in Peking haben europäische und asiatische Regierungschefs die burmesische Militärregierung aufgefordert, alle politischen Gefangenen freizulassen und demokratische Reformen umzusetzen. Die Opposition solle in einen politischen Prozess eingebunden werden, um gemeinsam nationale Versöhnung zu erreichen und die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen des Landes zu gestalten.

Der Europäische Rat begrüßte die ASEM-Erklärung in einer Schlussfolgerung am 10. November. Darin forderten die europäischen Außenminister außerdem die Einstellung der staatlichen Repression und stellten die Glaubwürdigkeit der für das Jahr 2010 geplanten Wahlen in Frage, solange es nicht zu einer Freilassung der politischen Gefangenen komme und ein politischer Prozess unter der Beteiligung aller Kräfte und Unterstützung der Vereinten Nationen angestoßen werde. Die EU sei darüber hinaus bereit, ihre Maßnahmen gegenüber Burma jederzeit zu überdenken, zu lockern oder verstärken.

vgl. AFP 25.10.2008, Council of the European Union 10.11.2008

Papst verspricht Burma-Besuch

Laut dem Erzbischof Ranguns, Charles Maung Bo, hat Papst Benedict XVI. versprochen, Burma zu besuchen. Bei einem privaten Treffen Maung Bos mit dem Papst am 23. Oktober 2008 habe dieser gesagt, er werde Rangun besuchen, falls er eine Reise in ein anderes südostasiatisches Land unternimmt.

vgl. Union of Catholic Asia News 03.11.2008

Grenzkonflikt um Erdgasgebiet

Durch den Beginn von Probebohrungen nach Öl und Gas im Golf von Bengalen von burmesischer Seite im umstrittenen Grenzgebiet zwischen Burma und Bangladesch, ist es zur Konfrontation zwischen den beiden Staaten gekommen. Bangladesch beansprucht das Gebiet für sich. Kriegsschiffe von beiden Seiten stehen sich gegenüber. Nachdem China um Vermittlung gebeten wurde und die Regierung

in Peking die Hoffnung äußerte, dass der Konflikt friedlich beendet werden könne, hat Burma die Erschließung des Gebietes unterbrochen. Während Burma seine Souveränität über das Gebiet bekräftigte, verlautete aus Dhaka, dass Bangladesch seine Interessen mit allen Mitteln verteidigen werde.

vgl. Reuters 5.11.2008, AFP 6.11.2008, Xinhua 7.11.2008, BBC 03.11.2008

Bombenexplosionen

Die burmesische Regierung hat in der Zeitung *New Light of Myanmar* vor vermehrten Bombenanschlägen in ganz Burma und speziell in Rangun gewarnt. Die Warnung wurde nach der Festnahme von Saw Ya Ko herausgegeben, der angeklagt wird, eine Bombe gelegt zu haben, die zwei Menschen getötet hat. Außerdem behauptet die Zeitung, dass regierungsfeindliche Gruppierungen wie die *Karen National Union* (KNU) und die *All Burma Students' Democratic Front* (ABSDF) Bomben im Land zünden wollen. Am 9.

September 2008 war es zu einer Explosion in einem Bus in Rangun gekommen, bei der drei Passagiere verletzt wurden. Außerdem explodierte eine Bombe in Mebaung im Hpa-an Township, wo eine Person verletzt und ein Wasserkraftgenerator zerstört wurde. Schon im Juli diesen Jahres 2008 war es zu vermehrten Bombenanschlägen im ganzen Land gekommen. Die Behörden schreiben die Anschläge Rebellen zu.

vgl. AsiaNews Agencies 13.09.2008, Xinhua 16.09.2008

Schweizer unterstützen Wasserkraftwerksbau

Die Schweizer Firma *Colenco Power Engineering Limited* hat ein Kooperationsabkommen mit dem Energieministerium I unterzeichnet, unter welchem sie Beratung für die Umsetzung von Wasserkraftprojekten bereitstellen. Colenco soll bereits in der Vergangenheit mit technischem Service an Wasserkraftprojekten in Burma beteiligt gewesen sein, darunter dem Tasang-Damm nahe der thailändischen Grenze und dem Yeywa-Damm. Nachdem die indische Firma *National Hydroelectric*

Power Corporation Ltd mit dem Bau zweier Wasserkraftwerke in Htamanthi und Shwesayay begonnen hat, wurde auch eine Absichtserklärung zwischen dem Elektrizitätsministerium I und der thailändischen Firma *Italian-Thai Development Public Co. Ltd* und der Singapurischen *Windfall Energy Service Ltd.* unterzeichnet, die den Bau von einem 600 Megawatt Wasserkraftwerk in der Tanintharyi Region vorsieht.

vgl. Xinhua 31.10.2008, Irrawaddy 7.11.2008

Ban Ki-moon fordert Freilassungen

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon hat die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert. Ebenso forderte er politische Freiheiten für die Menschen Burmas als Voraussetzung für einen Prozess der nationalen Aussöhnung und des Dialogs. Darüber hinaus erklärte er, dass er seinen für Ende des Jahres 2008 geplanten Besuch absagen werde, wenn die Militärregierung nicht zuvor messbare Ergebnisse in einem Demokratisierungsprozess erbringe. Ein Bericht der *Assistance Association for Political*

Prisoners and US Campaign for Burma hatte Anfang Oktober 2008 die massive Zunahme der Anzahl der politischen Gefangenen beklagt. Derzeit sind noch mehr als 2.000 Personen aus politischen Gründen inhaftiert, eine Zunahme um 78 Prozent seit Juni 2007.

vgl.: Reuters 7.10., Asia Pacific News 24.9., Assistance Association for Political prisoners, US Campaign for Burma 6.10.2008: »The Future in the Dark: the Massive Increase in Burma's Political Prisoners« http://www.aappb.org/the_future_in_the_dark_AAPP_USCB.pdf

Daewoo bei OECD verklagt

In Zusammenarbeit mit dem *Shwe Gas Movement* (SGM) hat die amerikanische Menschenrechtsorganisation *EarthRights International* (ERI) bei der südkoreanischen Regierung Beschwerde gegen die südkoreanische Firma Daewoo und ihren staatlichen Kooperationspartner *Korea Gas Corporation* (KOGAS) eingelegt. Ihnen wird vorgeworfen, gegen mindestens sechs Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verstoßen zu haben. Die OECD ist ein Zusammenschluss wirtschaftsliberaler Industriestaaten, die sich mit ihren OECD-Leitlinien zu Grundsätzen wie verantwort-

tungsvoller Unternehmensführung und Transparenz verpflichtet haben. Bei Regierungen, die diese Leitlinien unterzeichnet haben, kann Beschwerde eingereicht werden. Die Vorwürfe durch ERI stehen im Zusammenhang mit der Erschließung von Öl- und Gasfeldern im Golf von Bengalen und im burmesischen Arakan-Staat. Den Firmen werden Menschenrechtsverletzungen, Unterstützung der Zwangsarbeit, fehlendes nachhaltiges Wirtschaften und fehlende wirtschaftliche Transparenz sowie Missachtung der lokalen Bedürfnisse und fehlerhaftes Abschätzen der ökologischen Auswirkungen vorgeworfen.

Einspruch gegen Haftverlängerung

Die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi hat ihre Haftverlängerung bei der burmesischen Regierung angefochten. Der Einspruch sei dem Kabinett in Naypyidaw durch einen ihrer Rechtsanwälte vorgelegt worden. Er sei akzeptiert und bestätigt worden, so ein Sprecher der NLD. Jedoch könne noch keine

Aussage zum Termin einer Anhörung gemacht werden. Aung San Suu Kyis Hausarrest war im Mai 2008 unrechtmäßig um ein weiteres Jahr verlängert worden. Sie hat in den letzten 19 Jahren 13 Jahre unter Hausarrest verbracht.

vgl. Irrawaddy 9.10.; AFP 11.10. 2008

Schwere Urteile gegen Dissidenten

Das Militärregime hat Anfang November 2008 hohe Gefängnisstrafen und Urteile zu harter Arbeit für über 60 Personen ausgesprochen. Unter den Verurteilten sind 14 Aktivisten der »88er Studentengeneration«, die für ihre Beteiligung an den Protesten vor einem Jahr zu je 65 Jahren Haft verurteilt wurden. Rechtsgrundlage ist ein Gesetz zur Nutzung elektronischer Medien von 1996, gegen das sie in vier Fällen verstoßen haben sollen, was mit jeweils 15 Jahren geahndet wurde, sowie die Bildung einer illegalen Vereinigung, die zu zusätzlich fünf Jahren Haft führte. Unter den Verurteilten sind Nilar Thein, die erst vor zwei Monaten verhaftet wurde, und ihr Ehemann Ko Jimmy. Der Internet-Blogger Nay Phone Latt wurde unter dem gleichen *Computer Science Development Law* sowie wegen öffentlicher Ruhestörung zu mehr als 20 Jahren verurteilt. Er hatte in seinem Internetblog über die schwierigen Lebensbedingungen in Burma berichtet. Der Dichter Saw Wai wurde zu zwei Jahren verurteilt, weil er ein Gedicht veröffentlicht hatte, in dem eine regimekritische Botschaft versteckt gewesen war. Auch die Arbeitsrechtlerin Su Su Nway hat diese Woche ihr Urteil über zwölf Jahre Haft erhalten. Während der Verhandlungen in den letzten Wochen waren auch die Verteidiger unter Druck geraten, in ihrer Arbeit behindert und schließlich selbst wegen »Missachtung des Gerichts« zu sechsmonatigen Haftstrafen gezwungen worden. Weitere 20 Dissidenten, darunter der Führer der 88er Generation Min Ko Naing und Ko Ko Gyi, warten noch auf ihre Urteile. Bis Mitte Dezember 2008 sollen alle Verfahren gegen die vermeintlichen Dissidenten und Mönche abgeschlossen sein.

vgl. AP 11.11.2008; Irrawaddy, 11., 13.11.; AFP 5.11.; BBC News 11.11., Die Tageszeitung 12.11.2008